



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Stellenabbau bei Siemens in Bayern stoppen – keine weitere De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandorts Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den geplanten Stellenabbau von Siemens an den bayerischen Standorten Ruhstorf, Bad Neustadt, Nürnberg und Erlangen zu verhindern.

Gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern, den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur für Bayern sowie den Bürgermeistern und Landräten der betroffenen Kommunen soll auf die Verantwortlichen von Siemens dahingehend eingewirkt werden, dass diese geplante Maßnahme keineswegs eine verharmlosende Kapazitätsanpassung in Europa darstellt, sondern einen Kahlschlag hochqualifizierter Arbeitsplätze in Bayern, vor allem auch in strukturschwachen Regionen.

Deshalb soll die Staatsregierung bei ihren Aktivitäten folgende konkrete Verhandlungsergebnisse erzielen:

- den angekündigten Stellenabbau an allen vier Standorten zurückzunehmen und das vorhandene Know How und die hohe Motivation der Beschäftigten dafür zu nutzen;
- investive Alternativen zum Erhalt der Standorte zu entwickeln;
- alle regional- und strukturpolitischen staatlichen Maßnahmen auszuschöpfen;
- eine konzertierte Aktion „Industriearbeitsplätze für Bayern“ zu starten, die in enger Kooperation mit dem Unternehmen, den Arbeitnehmervertretern, den regionalen politischen Entscheidungsträgern und den Gewerkschaften erfolgen muss, um die Technologieführerschaft des Unternehmens am Standort Bayern insgesamt nicht durch vollkommen ideenlose Stellenstreichungen zu behaupten.

Begründung:

Noch im Jahre 2010 äußerte der Ministerpräsident Verständnis für die Entscheidung des Siemens-Managements, an den Standorten in Bad Neustadt a. d. Saale und in München-Perlach sowie an den Standorten Nürnberg, Fürth und Erlangen 3.000 Stellen abzubauen.

Mittlerweile gibt es Meldungen, dass der Ministerpräsident und die Staatsregierung sich mit den Vorschlägen des Siemens-Vorstands auseinandersetzen, um diesen Aderlass der bayerischen Industrie zu verhindern.

Aufgrund der Erfahrungen es Jahres 2010 bestehen jedoch große Zweifel, ob dieses Mal die Intervention der Staatsregierung über die u.E. anfängliche „konstruktive Tee-Atmosphäre“ hinaus geht und neben Bedauernsbekundungen und einer kosmetischen Reduzierung der geplanten Abbau- und Verlagerungszahlen konkrete Aussagen zum Bestand der Standorte und zum Erhalt der industriellen Arbeitsplätze erzielt werden.

Der Erfolg der Staatsregierung wird nur daran zu messen sein, wie viele hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten werden können und ob die nach außen gezeigte Solidarität der Staatsregierung mit den Arbeitnehmern sich nicht wieder nur in einer absoluten politischen Hilfslosigkeit und Gestaltungsunfähigkeit offenbart.